

**Richtlinie
über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung
von Projekten oder Maßnahmen zur
Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum**

**Erl. d. MS v. xx.xx.2019– 104.12-43590/29 –
- VORIS 83000 -**

Bezug: Erl. d. MS v. 8.6.2016,
zuletzt geändert durch Erl. d. MS v. 22.3.2017

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

- 1.1 Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO Zuwendungen für Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum. Ziel der Förderung ist eine nachhaltige und über den Förderzeitraum hinaus wirksame strukturelle Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege im ländlichen Raum in Niedersachsen, um eine bedarfsgerechte Bereitstellung ambulanter Dienstleistungen im ländlichen Raum zu ermöglichen, damit die Einhaltung des in § 3 SGB XI formulierten Grundsatzes des Vorrangs der häuslichen Pflege gelingen kann.
- 1.2 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Gegenstand der Förderung sind die nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit notwendigen projektbezogenen Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) für Maßnahmen in den Schwerpunktbereichen

2.1.1 Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen, z. B. durch

- die Entwicklung arbeitnehmerorientierter Arbeitsmodelle,
- Maßnahmen zur Stärkung des Führungsverhaltens,
- Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der Beschäftigten,
- Imagekampagnen zur Personalgewinnung,
- Fortbildungen zur Verbesserung der örtlichen Versorgungsstruktur,

2.1.2 Kooperation und Vernetzung, z.B. durch die Implementierung von sektorenübergreifenden Versorgungs- und Qualifizierungskonzepten,

2.1.3 Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Pflegekräfte, z.B. durch

- betriebliche Informations- und Beratungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Pflegekräften,
- die Erprobung von Betreuungsangeboten für die Kinder oder pflegebedürftigen Angehörigen der Beschäftigten,

2.1.4 Einführung von technischen und EDV-basierten Systemen.

2.2 Maßnahmen, die durch die Vergütung der ambulanten Pflegeleistungen bereits abgedeckt sind, sind nicht förderfähig.

2.3 Projekte oder Teile davon, die eine Förderung aus anderen öffentlichen Programmen erhalten oder aufgrund von tariflichen oder öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bezuschusst werden, sind nicht förderfähig. Ebenso sind für Projekte oder Teile davon vorrangig die vorgenannten Finanzierungsquellen in Anspruch zu nehmen, sofern ein Zuschuss mindestens in gleicher Höhe gewährt werden kann.

3. Zuwendungsempfängerinnen, Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerinnen oder Zuwendungsempfänger sind Träger von ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste). Die ambulante Pflegeeinrichtung muss ihren Sitz in Niedersachsen haben. Maßgeblich hierfür ist die Angabe im Versorgungsvertrag.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Förderfähig sind Maßnahmen, wenn sie dem unter Nummer 1.1 definierten Zweck dienen.

4.2 Eine Zuwendung kann nur gewährt werden für Maßnahmen von ambulanten Pflegeeinrichtungen,

4.2.1 die die allgemeinen Fördervoraussetzungen nach § 7 Abs. 1 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) erfüllen;

4.2.2 bei denen die Mehrheit der Pflegestandorte in Niedersachsen, jedoch außerhalb der Landeshauptstadt Hannover sowie der Städte

Braunschweig, Oldenburg (Oldenburg), Osnabrück, Wolfsburg, Göttingen, Hildesheim, Salzgitter, Wilhelmshaven, Delmenhorst, Lüneburg, Celle liegt.

Jede pflegebedürftige Person begründet einen Pflegestandort.

- 4.2.3 die tarifgebunden sind oder eine tarifgerechte Entlohnung für alle Beschäftigten sicherstellen bzw. nachweisen, dass eine entsprechende Anlehnung an Tarifverträge oder diesen ähnliche Verträge bzw. Vereinbarungen erfolgt.

Die Voraussetzung der tarifgerechten Entlohnung ist als erfüllt anzusehen bei Anwendung eines (Flächen-) Tarifvertrags bzw. entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen. Als Indiz für eine tarifgerechte Entlohnung zu bewerten sind

- die Zahlung eines Monatsentgelts für alle Pflegekräfte (Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte) in Höhe von mindestens 95 von Hundert des Monatsentgeltes nach Stufe 1 TV-L der für diese nach der Entgeltordnung (Anlage A) zum TV-L jeweils in Betracht kommenden Entgeltgruppe sowie
- verbindliche Regelungen zur Wochenarbeitszeit, ein fester Urlaubsanspruch sowie die Einbeziehung faktischer Arbeitszeiten (z.B. Fahrzeiten, Rufbereitschaftsdienste) und Regelungen zu Kündigungsfristen.

4.3 Zur Beurteilung der Förderwürdigkeit sind mindestens vorzulegen:

- ein Nachweis der allgemeinen Fördervoraussetzungen nach § 7 Abs. 1 NPflegeG,
- eine Übersicht über die Pflegestandorte,
- eine Projektbeschreibung mit näheren Angaben zu Nr. 2.1 inklusive Zeitplan,
- ein Finanzierungsplan.

4.4 Die Laufzeit eines Projekts ist auf maximal 12 Monate begrenzt und nicht an das Kalenderjahr gebunden.

4.5 Bei einer gemeinsamen Antragstellung mehrerer Träger von ambulanten Pflegediensten sind die Zuwendungsvoraussetzungen nach Nummer 4.1 und 4.2 für alle nachzuweisen.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Projektförderung in Form einer Anteilfinanzierung gewährt. Die Förderung beträgt bis zu 90 Prozent der projektbezogenen zuwendungsfähigen Personal- und Sachausgaben. Erfolgt die Zuwendung allerdings gegenüber öffentlichen Trägern von Pflegediensten, beträgt die Förderung bis zu 80 Prozent der projektbezogenen zuwendungsfähigen Personal- und Sachausgaben.

Die übrigen Ausgaben sind durch Eigenmittel zu decken.

5.2 Die Höhe der Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2 ist auf einen Betrag von maximal 40.000 Euro pro Projekt begrenzt. An denselben Pflegedienst können bei mehreren Projekten nur Zuwendungen von insgesamt höchstens 40.000 Euro je Kalenderjahr bewilligt werden.

5.3 Für Kooperationsprojekte kann, zusätzlich zu dem unter 5.2 genannten Betrag, ein Betrag von bis zu 2.000 Euro pro teilnehmendem Träger gewährt werden.

5.4 Abweichend von der VV-Gk Nr. 1.1 zu § 44 LHO können Zuwendungen bewilligt werden, wenn die Zuwendung im Einzelfall mehr als 12.500 Euro beträgt.

5.5 Personalausgaben sind nur förderfähig bei Nachweis von entsprechenden Neueinstellungen oder Stundenerhöhungen von Teilzeitbeschäftigten im Projektzeitraum.

5.6 Ausgaben für Coaching, Fortbildungen und Beratung sind nur im Zusammenhang mit einem Gesamtprojekt zuwendungsfähig.

Ausgaben für Coachings, Fortbildungen und Beratungen werden nur bis zu einer Höchstgrenze von 1.000 Euro pro 8-Stunden-Tag inklusive Mehrwertsteuer sowie Vor- und Nachbereitung, zzgl. Fahrtkosten und Spesen berücksichtigt. Ausgaben für Fahrten und Spesen sind bis zur Höhe der nach den Bestimmungen über die lohnsteuerfreie Erstattung von Reisekosten (Fahrtkosten, pauschale Verpflegungsmehraufwendungen, Übernachtungskosten, Nebenkosten) ermittelten Beträge zuwendungsfähig.

Darüber hinausgehende Ausgaben sind durch Eigenmittel zu decken.

5.7 Indirekte Ausgaben, u.a. für Projektverwaltung und Projektkoordination, können pauschal mit bis zu 15 Prozent der förderfähigen direkten Ausgaben berücksichtigt werden.

5.8 Nicht förderfähig sind:

- Finanzierungskosten,
- der Erwerb von Grundstücken und Immobilien,
- der Erwerb und das Leasing von KFZ,

- Personalausgaben (Freistellungskosten) während der Fortbildungsmaßnahmen und Coachings,
- die Umsatzsteuer, die nach dem Umsatzsteuergesetz als Vorsteuer abziehbar ist.

6. Verfahren

6.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie oder im Zuwendungsbescheid Abweichungen zugelassen wurden.

6.2 Bewilligungsbehörde ist das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Außenstelle Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg.

6.3 Der Zuschuss nach Nummer 5.1 wird auf Antrag gewährt. Anträge sind bei der Bewilligungsbehörde schriftlich unter Verwendung des Antragsvordrucks zu stellen. Anträge für Projekte, die im 4. Quartal des laufenden Jahres beginnen sollen, sind spätestens bis zum 30.09. des Jahres zu stellen. Später eingehende Anträge können ggf. nicht berücksichtigt werden.

6.4 Die Bewilligungsbehörde stellt die für die Antragstellung, den Mittelabruf und den Verwendungsnachweis erforderlichen Vordrucke auf ihrer Internetseite (www.soziales.niedersachsen.de) bereit.

6.5 Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger übersendet der Bewilligungsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Projekts einen einfachen Verwendungsnachweis. Abweichend von der Regelung der Nr. 6.1 ANBest-P (Anlage 2 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO) ist die Vorlage eines Zwischennachweises nicht erforderlich.

7. Schlussbestimmungen

Dieser Erlass tritt mit Wirkung vom 1.1.2019 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2022 außer Kraft.

An das

